

Die neue Besteuerung von Biodiesel bedroht Gifhorner Unternehmen

P R E S S E M I T T E I L U N G

Schneck fordert im Landtag Vertrauensschutz für heimische Biodiesel Produzenten

In diesem Plenum des Niedersächsischen Landtags stand ein gemeinsamer Antrag zum Thema Biokraftstoffe zur Debatte. In seltener parteiübergreifender Einigkeit hat der sich der Landtag für eine Vernetzung und Förderung von Forschung und Industrie bei der Entwicklung von umweltverträglichen Fahrzeugen ausgesprochen. Allerdings geht der SPD-Fraktion der beschlossene Antrag nicht weit genug, dies machte der Gifhorner Abgeordnete Klaus Schneck in seiner Rede deutlich. Er forderte die Regierungsfractionen auf, nicht nur richtige Allgemeinsätze zu formulieren, sondern diese auch in konkrete Politik umzusetzen.

Leider waren die Regierungsparteien CDU und FDP nicht bereit, sich für eine Bundesratsinitiative zu engagieren, die die Besteuerung von Biodiesel nicht an fiskalpolitischen Interessen, sondern an ökologischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausrichtet. Davon sind nicht nur bundesweit bekannte Biodieselhersteller wie EOP Biodiesel, Oelmuehle Hamburg, Petrotec, Biopetrol und Verbio betroffen, sondern auch Produzenten aus unserer Region, wie die Bokel BioDiesel GmbH und die Wittinger BioDiesel eG.

Es haben diejenigen Recht behalten, die die im letzten Jahr beschlossene Biokraftstoffbesteuerung als kurzfristig und verantwortungslos kritisiert hatten. Kurzfristig - weil die Besteuerung im wesentlichen von finanzpolitischen Überlegungen bestimmt wurde und verantwortungslos - weil die gerade entstandene mittelständische Biodieselbranche in existenzielle Schwierigkeiten gebracht wird.

Um diese bedrohliche Entwicklung zu stoppen, sollte eine Bundesratsinitiative angestoßen werden. Diese sollte zum Ziel haben, die Übergangsfristen bei der Besteuerung zum Schutz der Biokraftstoffhersteller der ersten Generation solange zu erhalten, bis die Entwicklung von Produktionsanlagen für die zweite Generation von Biokraftstoffen abgeschlossen ist. Die Biodieselbesteuerung darf nicht dazu führen, eine Branche, die erst in den letzten Jahren mühsam aufgebaut wurde, zu ruinieren. Sie muss vielmehr so gestaltet sein, dass die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Biodiesels gesichert ist.

Es muss endlich Bestrebungen zur Schaffung eines Zertifizierungssystems von Biokraftstoffen geben. Das Ziel muss sein, einheimische Biokraftstoffe als nachweisbar nachhaltig zu testieren und von jenen Importen abzugrenzen, die diese Kriterien nicht genügen. Dieses Gütesiegel würde dabei helfen, globale Klimaschutzprobleme zu verhindern. Biokraftstoffe sind nur dann sinnvoll, wenn sie auch unter klimaverträglichen Bedingungen hergestellt werden. Es kann nicht sein, dass billige Biokraftstoffe aus Entwicklungsländern eingeführt werden, für deren Produktion immer größere Bereiche im Regenwald gerodet werden.

Deutsche Biodieselhersteller schafften es seit Einführung des Energiesteuergesetzes dagegen kaum, einen Preisabstand von zehn Cent je Liter an den Zapfsäulen zu halten. Dort wurden langfristige Investitionen getätigt, die sich unter dem heutigem Steuerrecht nicht mehr rentieren. Wer eine nachhaltige Energieentwicklung für die Zukunft haben will, darf den Herstellern von alternativen Energien nicht in den Rücken fallen. Sie brauchen einen Vertrauensschutz, damit sie auch weiterhin investieren können. Ohne diese neuen Energien ist der Klimaschutz nicht möglich.

Hier geht es nicht nur um die Umwelt, sondern auch um die Existenz von Unternehmen, Beschäftigten und der Landwirtschaft als Rohstoffproduzent.